

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Rates am 15.12.2016
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	6
1 Einwohnerfragestunde	6
2 Bebauungsplan Nr. 307, Osterath, Insterburger Straße im Bereich südlich der Feuerwache 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i. V. m. §§ 1 (8) und 13a BauGB Vorlage: FB4/0513/2016	6
3 VIII. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008 Vorlage: FB5/0028/2016	7
4 XXXVIII. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren Vorlage: FB5/0502/2016	8
5 IV. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 21.12.2012; Änderung der Gebührentarife Vorlage: SB11/0508/2016	9
6 XXXII. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren Vorlage: FB1/0506/2016	10
7 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2017 Vorlage: SFI/0537/2016	10
8 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung von Entsorgungsaufgaben nach dem Elektronikgesetz an den Rhein-Kreis Neuss Vorlage: FB1/0525/2016	16
9 Namensgebung für die städtische Kindertageseinrichtung am Wienweg in Meerbusch-Osterath im Wege der Namensänderung Vorlage: FB2/0521/2016	16
10 Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Meerbusch zum 31. 12. 2015 Vorlage: RPA/0532/2016	17
11 Änderung der Geschäftsverteilung der Beigeordneten Vorlage: BM/0536/2016	18
11.1 Dringlichkeitsantrag in der E-Mail-Affäre - Rechtliche Klärung/Prüfauftrag	18
12 Gremienbesetzung	19

12.1	Besetzung der Mitgliederversammlung des Bauvereins Meerbusch eG Vorlage: BM/0534/2016	19
12.2	Bestellung von Vertretern in die Mitgliederversammlung und Arbeitsgemeinschaften des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen Vorlage: BM/0535/2016	19
12.3	Bestellung von Vertretern in die Mitgliederversammlung des Landesverbands der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen e. V. Vorlage: BM/0533/2016	19
13	Berufung eines stellvertretenden Mitglieds im Seniorenbeirat Vorlage: FB2/0030/2016	19
14	Anträge	20
14.1	Antrag der AWO auf Ausschussumbesetzung im Jugendhilfeausschuss Vorlage: ZD/0149/2016	20
14.2	Antrag der UWG-Fraktion vom 21. November 2016 betr. Ausschussumbesetzung Vorlage: ZD/0150/2016	20
14.3	Antrag der Fraktion Die Linke und Piraten auf Änderung der Ausschussbesetzung	21
15	Anfragen	21
16	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	21
17	Termin der nächsten Sitzung: 16. Februar 2017	24
18	Verschiedenes	24
18.1	Konverterstandort	24

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Frau Helga Hermanns Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Gerd van Vreden Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Michael Billen Ratsmitglied

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Herr Dieter Jünckerkes Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
Herr Gerd Dieter Hünseler	Ratsmitglied

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
----------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Herr Peter Annacker	Bereichsleiter Fachbereich 2
Herr Michael Betsch	Bereichsleiter Servicebereich 11
Herr Jürgen Gatzlik	Bereichsleiter Fachbereich 6
Herr Michael Gorgs	Pressereferat
Frau Beate Heidbreder-Thören	Zentrale Dienste
Herr Claus Klein	Bereichsleiter Service Immobilien
Herr Ulrich Mombartz	Vorsitzender Personalrat
Frau Gabriele Parschau	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Heike Reiß	Wirtschaftsförderungsreferat
Frau Bettina Scholten	Bereichsleiterin Fachbereich 1
Frau Kirsten Steffens	Bereichsleiterin Fachbereich 4
Herr Matthias Unzeitig	Bereichsleiter Fachbereich 5

Schriftführer

Herr Jürgen Wirtz	Bereichsleiter Zentrale Dienste
-------------------	---------------------------------

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Angela Gröters	Ratsmitglied
---------------------	--------------

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt

Ratsmitglied

Frau Katja Schulz

Ratsmitglied

fraktionsloses Ratsmitglied

Herr Christian Staudinger-Napp

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Rat einstimmig, unter dem Tagesordnungspunkt 11.1 den Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen für einen Prüfauftrag in der E-Mail-Affäre zu behandeln.

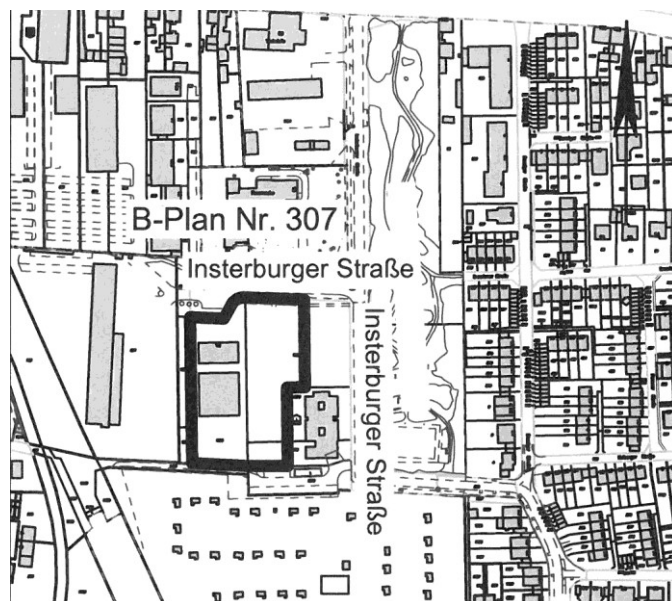
Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Kremer verweist auf den Ratsbeschluss, wonach die GWG an der Insterburger Straße eine Flüchtlingsunterkunft für 150 Personen bauen sollte. Dieser Beschluss ist geändert worden, nunmehr sollen dort 32 geförderte Wohneinheiten entstehen. Sie habe zunächst die Frage, warum die Stadt diesen Bau nicht selbst finanziere. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass aufgrund der geänderten Situation ein Bedarf für Gemeinschaftsunterkünfte nicht mehr gegeben sei. Da es insgesamt an bezahlbarem Wohnraum fehle, sei nunmehr geplant dort 32 öffentlich geförderte Wohnungen zu schaffen, die von Inhabern von Wohnberechtigungsscheinen bezogen werden sollen. Dies können Flüchtlinge sein, die Wohnungen stehen aber anderen Bürgerinnen und Bürgern offen.

Frau Kremer nimmt Bezug auf die Bedarfsschätzungen von September, wonach es 16 Zugänge und 13 Abgänge gab. Sie vertritt die Ansicht dass eine neue Prognose erstellt werden müsse. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass ein deutlicher Rückgang bei den Flüchtlingszahlen zu verzeichnen sei, die Prognosen würden aktuellen Entwicklungen angepasst. Derzeit verfüge die Stadt über rd. 100 freie Plätze. Unter Bericht der Verwaltung gebe sie weitere Informationen zu diesem Thema.

2 Bebauungsplan Nr. 307, Osterath, Insterburger Straße im Bereich südlich der Feuerwache 1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i. V. m. §§ 1 (8) und 13a BauGB Vorlage: FB4/0513/2016



Beschluss:**Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB i. V. m. §§ 1 (8) und 13a BauG**

Der Rat der Stadt beschließt gemäß § 2 (1) in Verbindung mit §§ 1 (8) und 13a BauGB Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch den Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722),

für ein Gebiet, das im Norden durch die Insterburger Straße begrenzt wird, im Osten an das bisher unbebaute Flurstück 1387 sowie an einen Kindergarten angrenzt, im Süden durch einen Parkplatz sowie einen Fuß- und Radweg begrenzt wird und im Westen an gewerblich genutzte Flächen entlang der Bahnschienen angrenzt,

maßgebend ist der im Plan Nr. 307 dargestellte Geltungsbereich gemäß § 9 (7) BauGB, der Bestandteil dieses Beschlusses ist,

den Bebauungsplan Nr. 307, Meerbusch-Osterath, Insterburger Straße im Bereich südlich der Feuerwache aufzustellen, der vorrangig folgende Planungsziele zur Grundlage haben soll:

- Ausweisung von Wohnbauflächen
- Neuordnung der Gewerbeflächen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Damblon berichtet aus dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften.

3 VIII. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008
Vorlage: FB5/0028/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die Schmutzwassergebühr für das Jahr 2017 wird auf 2,20 €/m³, die Niederschlagswassergebühr für das Jahr 2017 wird auf 0,97 €/m² festgesetzt. Die Gebührenkalkulation für das Jahr 2017 wird Gegenstand des Beschlusses.
2. Bei der Kalkulation der Schmutzwassergebühr wird die Überdeckung aus der Betriebskostenabrechnung 2015 zu 90%, das sind 357.634,20 €, kostenmindernd vorgetragen. Die verbleibenden 40 % der Überdeckung aus dem Betriebsergebnis 2014 (38.069,82 €) werden kostenmindernd vorgetragen.
3. Bei der Kalkulation der Niederschlagswassergebühr erfolgt aus der Überdeckung der Betriebskostenabrechnung 2015 ein kostenmindernder Vortrag in Höhe von 40%, das sind 186.054,64 €.
4. Die Jahresgebühr für das Ablesen der Wasserzweischenzähler, den Ersteinbau des Wasserzweischenzählers und die Zählerauswechslung im Rahmen des Eichgesetzes wird auf 25,69 € festgesetzt.

5. Die VIII. Änderungssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Meerbusch vom 01.12.2008 (Anlage) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten	2		
Ratsherr Müller	1		
Ratsherr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	43	4	

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

4 XXXVIII. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren
Vorlage: FB5/0502/2016

-Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die Anteile der Allgemeinheit an den einzelnen Straßengruppen werden wie folgt festgesetzt:

a) Anliegerstraßen	2 %
b) Fußgängerzonen	67 %
c) Innerörtliche Straßen	21 %
d) Überörtliche Straßen	30 %

1. Aus dem Betriebsergebnis 2013 werden die Unterdeckung bei den Anliegerstraßen zu 50% (-1.040,19 €) und bei den Fußgängerzonen zu 50% (-754,74 €) vorgetragen. Vom Betriebsergebnis 2014 fließen jeweils 50% der Unterdeckung bei den Anliegerstraßen (-8.245,34 €) und bei den Fußgängerzonen (-866,62 €) kostensteigernd in die Kalkulation 2017 ein. Die Überdeckungen werden bei den Innerörtlichen Straßen zu 30% (15.672,97 €) und bei den Überörtlichen Straßen zu 20% (5.518,88 €) kostenmindernd vorgetragen. Vom Betriebsergebnis 2015 fließen bei den Anliegerstraßen 30% (4.512,92 €) kostensenkend und bei den Innerörtlichen Straßen 100% (-10.208,62€) kostensteigernd in die Kalkulation 2017 ein.

2. Die Gebührensätze je Meter Grundstücksseite werden wie folgt festgesetzt:

a) Anliegerstraßen	1,76 €/m	(2016: 1,76 €/m)
b) Fußgängerzonen	10,89 €/m	(2016: 12,10 €/m)
c) Innerörtliche Straßen	4,98 €/m	(2016: 5,11 €/m)
d) Überörtliche Straßen	4,60 €/m	(2016: 5,09 €/m)

3. Die XXXVIII. Änderungssatzung (Anlage) und die zugehörigen Änderungen zum Straßenverzeichnis (Anlage) werden beschlossen.
Die Gebührenkalkulation wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP	4		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG			2
Linke/Piraten	2		
Ratsherr Müller	1		
Ratsherr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	45		2

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

- 5 IV. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung vom 21.12.2012; Änderung der Gebührentarife**
Vorlage: SB11/0508/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die IV. Änderungssatzung zur Friedhofsgebührensatzung (Anlage) mit einer Erhöhung der Gebührentarife um durchschnittlich 4,83 % bei einem Kostendeckungsgrad von 80,00 %. Die Gebührenkalkulation wird Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten	2		
Ratsherr Müller	1		
Ratsherr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	43	4	

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss. Ratsherr Rettig erklärt, dass seine Fraktion nicht zustimmen werde. Die FDP habe beantragt, ein Gutachten zur Zukunft der Friedhöfe erstellen zu lassen und die hierfür notwendigen Mittel einzustellen, dies sei abgelehnt worden. Zusätzlich würde die Option „Friedwald“ ebenfalls zur Unsicherheit beitragen.

6 XXXII. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren
Vorlage: FB1/0506/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die XXXII. Änderungssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgungsgebühren (Anlage) und die Überdeckung aus der Betriebskostenabrechnung 2015 im Jahr 2017 auszugleichen.

Die Gebührenkalkulation 2017 wird Gegenstand dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP	4		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
Ratsherr Müller	1		
Ratsherr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	45	2	

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

7 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2017
Vorlage: SFI/0537/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der Haushaltssatzung 2017 mit Anlagen gem. § 80 Abs. 4 GO NW in der vom Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfohlenen Fassung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		8	
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
Ratsherr Müller	1		
Ratsherr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	33	14	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist auf die ergänzende Vorlage zur heutigen Sitzung, in die die Beratungsergebnisse der 2. Lesung der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 1. Dezember 2016 eingearbeitet wurden sowie auf die Veränderungsliste und die Liste der Sperrvermerke. Sie bittet diese in die weitere Beschlussfassung mit einzubeziehen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage stellt fest, dass keine Einwendungen gem. § 80 Abs. 3 GO NRW gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2017 erhoben wurden.

Zur Verabschiedung der Haushaltssatzung 2017 sprechen für die CDU-Fraktion Ratscherr Damblon, für die SPD-Fraktion Ratsfrau Niederdellmann-Siemes, für die FDP-Fraktion Ratscherr Jörgens, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratscherr Quaß, für die Fraktion Die Linke und Piraten Ratscherr Becker, für die UWG-Fraktion Ratscherr Weyen sowie Ratscherr Müller.

Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Sodann ruft Bürgermeisterin Mielke-Westerlage die einzelnen Produktbereiche zur Abstimmung auf.

Produktbereich 010 Innere Verwaltung, Seite 57

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten	2		
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	41	6	

Produktbereich 020 Sicherheit und Ordnung, Seite 155

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten	2		
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	43	4	

Produktbereich 030 Schulträgeraufgaben, Seite 183

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		8	
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	33	14	

Produktbereich 040 Kultur und Wissenschaft, Seite 277

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten	2		
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	43	4	

Produktbereich 050 Soziale Leistungen , Seite 317

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		8	
FDP	4		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	41	10	

Produktbereich 060 Kinder, Jugend-/Familienhilfe, Seite 371

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		8	
FDP	4		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten	2		
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	39	8	

Produktbereich 080 Sportförderung, Seite 433

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		8	
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten	2		
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	35	12	

Produktbereich 090 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation, Seite 453

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	39	8	

Produktbereich 100 Bauen und Wohnen, Seite 471

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		8	
FDP	4		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	37	10	

Produktbereich 110 Ver- und Entsorgung, Seite 491

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	39	8	

Produktbereich 120 Verkehrsflächen/-anlagen, ÖPNV, Seite 529

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		8	
FDP	4		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	35	12	

Produktbereich 130 Natur- und Landschaftspflege, Seite 599

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		8	
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	33	14	

Produktbereich 140 Umweltschutz, Seite 629

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		8	
FDP	4		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		2	
Linke/Piraten		2	
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	35	12	

Produktbereich 150 Wirtschaft und Tourismus, Seite 641

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten	2		
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	43	4	

Produktbereich 160 Allgemeine Finanzwirtschaft, Seite 663

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD		8	
FDP		4	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten		2	
Herr Müller	1		
Herr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	33	14	

Produktbereich 170 Stiftungen, Seite 689

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 8 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Übertragung von Entsorgungsaufgaben nach dem Elektronikgesetz an den Rhein-Kreis Neuss**
Vorlage: FB1/0525/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung (Anlage) zwischen dem Rhein-Kreis Neuss und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zur Übertragung von Entsorgungsaufgaben nach dem Elektronikgesetz erneut abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Jürgens berichtet aus dem Bau- und Umweltausschuss.

- 9 Namensgebung für die städtische Kindertageseinrichtung am Wienweg in Meerbusch-Osterath im Wege der Namensänderung**
Vorlage: FB2/0521/2016

Beschluss:

Der Rat beschließt die Umbenennung der städtischen Kindertageseinrichtung „Knirpsmühle“ in städtische Kindertageseinrichtung „Entdeckerknirpse“. Die Namensänderung soll mit der Inbetriebnahme des Neubaus der Einrichtung am Wienweg in Meerbusch-Osterath – voraussichtlich im Februar 2017 - wirksam werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Schoppe berichtet aus dem Jugendhilfeausschuss.

10 Prüfung des Gesamtabchlusses der Stadt Meerbusch zum 31. 12. 2015
Vorlage: RPA/0532/2016

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage übergibt den Vorsitz zu diesem Tagesordnungspunkt an den Stellvertretenden Bürgermeister Leo Jürgens. Sie nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Beschluss:

- Die Ratsmitglieder beschließen, den vom Stadtkämmerer am 16. 11. 2016 aufgestellten und von der Bürgermeisterin am 16. 11. 2016 bestätigten Entwurf des Gesamtabchlusses zum 31. 12. 2015 gemäß § 116 Abs. 1 Satz 3 i. V. m. § 96 Abs. 1 Satz 2 GO NRW zu bestätigen.

Der Gesamtabschluss weist folgende Werte aus:

Gesamtbilanzsumme

Aktiva	Passiva
635.453.824,21 €	635.453.824,21 €

Gesamtergebnisrechnung

Gesamterträge	Gesamtaufwendungen	Gesamtüberschuss	Anderen Gesellschaften zuzurechnendes Ergebnis	Gesamtbilanzverlust
179.283.897,00 €	177.910.847,08 €	1.373.049,92 €	-2.050.812,80 €	-677.762,88 €

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- Die Ratsmitglieder beschließen, der Bürgermeisterin Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	23		
SPD	8		
FDP			4
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	2		
Linke/Piraten	2		
Ratsherr Müller	1		
Ratsherr Staudinger-Napp			
Bürgermeisterin			
Gesamt	42		4

Ratsherr Becker berichtet aus dem Rechnungsprüfungsausschuss.

11 Änderung der Geschäftsverteilung der Beigeordneten **Vorlage: BM/0536/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt, mit Wirkung vom 1. Januar 2017 die Aufgabenbereiche Baubetriebshof, Grünflächen, Sportanlagen und Friedhöfe sowie technisches, infrastrukturelles und kaufmännisches Gebäudemangement und Angelegenheiten des Denkmalschutzes dem Techn. Beigeordneten zuzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11.1 Dringlichkeitsantrag in der E-Mail-Affäre - Rechtliche Klärung/Prüfauftrag

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die Denunzierung von Ratsmitgliedern durch diffamierende Nachrichten gegenüber ihren Arbeitgebern verurteilen wir und lehnen wir als undemokratisch ab.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wenn ja wie im laufenden Ermittlungsverfahren des Ratsmitgliedes Glasmacher eine Unterstützung zur Klärung eines juristischen Sachverhaltes möglich ist, z.B. durch

- a) die Übernahme von Gutachterkosten für ein Textgutachten, welches dem Ratsmitglied Glasmacher/ bzw. der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt wird,
- b) durch juristische Prüfungen der Verwaltung, bzw. des dortigen Rechtsamtes, ob durch den nicht geschützten Zugang eines PC's eines Ratsmitgliedes eine Pflichtverletzung vorliegt,
- c) die Prüfung, ob die Stadt als Nebenklägerin zum Schutz der Ratsmitglieder gesamt auftreten kann,
- d) ob durch die Versicherung für ehrenamtliche Tätigkeit, abgeschlossen durch die Stadt Meerbusch, die Finanzierung eines Klageverfahrens möglich ist.

Die bisher bekannt gewordenen Vorkommnisse werden vom Rat der Stadt Meerbusch als massiver Vertrauensbruch betrachtet.

Dies könnte dazu führen, dass Ratsmitglieder in Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit sowohl bei ihrer Meinungsbildung wie in ihrem politischen Handeln eingeschränkt werden, wenn das Risiko besteht, dass politische Sachverhalte, öffentlicher oder nichtöffentlicher Art, gekoppelt mit Unwahrheiten und Verunglimpfungen an die jeweiligen Arbeitgeber kommuniziert werden. Damit steht die politische Handlungsfreiheit jedes einzelnen Ratsmitgliedes zur Disposition. Das ist unerträglich und bedarf neben der rechtlichen Klärung eines klaren Votums des Rates und der Bürgermeisterin.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet von der Vorbesprechung im Ältestenrat. Ratsfrau Glasmacher stellt den Sachverhalt dar, nach dem aufgrund der polizeilichen Ermittlungen E-Mails an Arbeitgeber von Rats- und Ausschussmitgliedern der UWG-Fraktion vom Anschluss von Ratsherrn Staudinger-Napp versandt worden seien. Vertreter aller Fraktionen sehen einen deutlichen Klärungsbedarf, da Diffamierungen dieser Art jedem Ratsmitglied drohen könnten und hierdurch die freie und unabhängige Ausübung des Mandates beeinträchtigt werde.

12 Gremienbesetzung

12.1 Besetzung der Mitgliederversammlung des Bauvereins Meerbusch eG Vorlage: BM/0534/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage als Vertretung für Herrn Technischen Beigeordneten Assenmacher als Mitglied in die Mitgliederversammlung des Bauvereins Meerbusch eG zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12.2 Bestellung von Vertretern in die Mitgliederversammlung und Arbeitsgemeinschaften des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen Vorlage: BM/0535/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, Herrn Technischen Beigeordneten Assenmacher als Vertretung für Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage als Mitglied in die Mitgliederversammlung und die Arbeitsgemeinschaften des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12.3 Bestellung von Vertretern in die Mitgliederversammlung des Landesverbands der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen e. V. Vorlage: BM/0533/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, Frau Dr. Marie Batzel als Vertretung für Herrn Ersten Beigeordneten Maatz als Mitglied in die Mitgliederversammlung des Landesverbands der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen e. V. zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13 Berufung eines stellvertretenden Mitglieds im Seniorenbeirat Vorlage: FB2/0030/2016

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, Frau Inge Rose als stellvertretendes Mitglied in den Seniorenbeirat zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Focken berichtet aus der Sitzung des Sozialausschusses.

14 Anträge**14.1 Antrag der AWO auf Ausschussumbesetzung im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: ZD/0149/2016****Beschluss:**

Der Rat beschließt folgende Ausschussumbesetzung:

Jugendhilfeausschuss – Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Ordentliches Mitglied

streiche	Karin Solbach-Kandel
setze	Brigitte Scheer

Vertreter

streiche	Lea Pabich
setze	Hans-Günter Focken

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**14.2 Antrag der UWG-Fraktion vom 21. November 2016 betr. Ausschussumbesetzung
Vorlage: ZD/0150/2016****Beschluss:**

Der Rat beschließt nachstehende Ausschussumbesetzung:

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss

Ordentliches beratendes Mitglied

streiche	Daniela Glasmacher
setze	Heinrich-Peter Weyen

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

14.3 Antrag der Fraktion Die Linke und Piraten auf Änderung der Ausschussbesetzung

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Roland Müller, Gatherstraße 15, 40670 Meerbusch, als zusätzlichen Vertreter in den Sozialausschuss zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsherr Becker beantragt mündlich die vorgenannte Änderung der Ausschussbesetzung.

15 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

16 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Aktuelle Entwicklung der Flüchtlingssituation

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, die Flüchtlingszugänge in NRW seien im Vergleich zum Vorjahr deutlich rückläufig. Während im Zeitraum 01.01. – 31.12.2015 insgesamt fast 330.000 Menschen in NRW aufgenommen wurden, wurden im Zeitraum 01.01. – 31.10.2016 insgesamt 63.600 in der sog. EASY-Statistik erfasst.

Diese rückläufige Entwicklung zeige sich auch in Meerbusch; insgesamt habe die Stadt im laufenden Jahr 269 Zuweisungen erhalten. Entgegen den Erwartungen aufgrund der gesetzlichen Regelung zur Abschmelzung von Plätzen durch die Aufgabe der Notunterkünfte in Meerbusch-Strümp mit 400 in der Aufnahmeverpflichtung berücksichtigten Plätzen, sei im letzten Quartal nur eine einzige Zuweisung erfolgt. Seit Mai dieses Jahres würden auch die Auszüge aus den Unterkünften registriert. Unter Berücksichtigung von 158 Auszügen und der Zuweisungen ergebe sich ein rechnerisches Plus von 52. Insgesamt sind aktuell rund 440 Personen im Leistungsbezug.

Die Entspannung habe zu einer Minderbelegung in den Einrichtungen geführt. Insgesamt stünden rd. 100 Plätze zur Verfügung, dabei seien die Gebäude „Am Eisenbrand“ nicht berücksichtigt. Der Betrieb in den Einrichtungen laufe beschwerdefrei.

Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge

Zum 01.12.2016 sei in NRW die Ausländer-WohnsitzregelungsVO in Kraft getreten. Ziel sei es, anerkannte Flüchtlinge landesweit gleichmäßig zu verteilen und dadurch die Integration zu fördern.

Am 29.11. habe die Regierungspräsidentin die Hauptverwaltungsbeamten im Rahmen einer Dienstbesprechung bei der Bezirksregierung informiert. Danach erfolgt künftig neben der Zuweisung von noch nicht anerkannten Flüchtlingen nach dem Königssteiner Schlüssel, auch die Zuweisung bereits anerkannter Flüchtlinge durch die Bezirksregierung Arnsberg nach einem sog. Integrationsschlüssel an die Kommunen. Der Integrationsschlüssel berücksichtige neben der Einwohnerzahl und Fläche auch die Arbeitslosenquote. Anerkannte Flüchtlinge beziehen i.d.R. Leistungen des Jobcenters, die Kosten der Unterkunft werden nach Abzug des Bundesanteils zunächst vom Kreis gezahlt, über die Kreisumlage und die Beteiligungssatzung aber vollumfänglich durch die Gemeinden refinanziert. Eine Kostenbeteiligung für sozialpädagogische Betreuung oder sonstige Dienste erfolge nicht. Diese müssten ausschließlich durch die Stadt finanziert werden.

Die Wohnsitzauflage gelte für 3 Jahre nach Anerkennung. Über eine Aufhebung entscheide die Bezirksregierung Arnsberg, wenn ein Arbeitsplatz oder ein Ausbildungsplatz bzw. ein Platz an einer Hochschule nachgewiesen werde. Die Aufnahmequote für Meerbusch betrage im Soll aktuell 120 Personen, 78 Personen seien schon als in Meerbusch wohnhaft erfasst.

Vor dem Hintergrund der rückläufigen Zuweisungen auf der einen Seite und der neuen kommunalen Verpflichtung durch die Wohnsitzauflage auf der anderen Seite beabsichtige die Verwaltung, anerkannte Flüchtlinge, soweit auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt in Meerbusch keine Wohnung gefunden wird, in den Häusern am Eisenbrand unterzubringen. Die Gebäude seien aufgrund des Leerstandes an anderer Stelle aktuell nicht belegt. Aufgrund der Grundrisse mit kleinen Einheiten könnte dort eine verbesserte Unterbringung in Wohneinheiten insbesondere für Familien erfolgen.

Insgesamt zeige sich, dass die getroffene Entscheidung, keine weiteren Gemeinschaftsunterkünfte mehr zu errichten, richtig war. Die Schaffung von sozialem und preisgünstigem Wohnraum müsse konsequent fortgeführt werden. An der Moerser Straße, Im Eulengrund und an der Rottstraße seien entsprechende Wohnungen im Bau, für die Insterburger Straße liege der Bewilligungsbescheid vor. Auch auf dem Gelände des Alten Bauhofes sollen Sozialwohnungen im ersten Förderweg entstehen. Diese Wohnungen sollen aber für alle Inhaber von Wohnberechtigungsscheinen, nicht ausschließlich für anerkannte Flüchtlinge, zugänglich sein. Zur zeitnahen Errichtung weiterer Sozialwohnungen werde die Verwaltung dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften in seiner nächsten Sitzung vorschlagen, im Bebauungsplangebiet „Am Strümper Busch / Im Plötschen“ im Bereich der östlich angrenzenden Feuerwehr-Strümp, neben Eigenheimen statt der geplanten 12 Reihenhäuser Geschosswohnungsbau im sozialen Wohnungsbau zu errichten und das städt. Grundstück zu diesem Zweck zu veräußern.

Finanzierung der Kosten der Duldungsinhaber

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass sich das Land im kommenden Jahr aus der Mitfinanzierung der Aufwendungen für geduldete Asylbewerber zurückziehe. Im laufenden Jahr haben die Kommunen auch für Duldungsinhaber Landeszuweisungen in Höhe von 10.000 €/Person/Jahr erhalten.

Künftig wären die Aufwendungen zur Finanzierung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Kosten der Unterkunft sowie der Kosten bei Krankheit vollumfänglich durch die Gemeinden zu finanzieren. Für zugewiesene Asylbewerber bzw. Asylfolgeantragsteller erhielten die Kommunen Gelder lediglich bis zur Ablehnung des Asylantrages, d.h. bis zum Zeitpunkt der vollziehbaren Ausreisepflicht, zuzüglich von 3 Monaten eine monatliche Pauschale in Höhe von 866 €/Person. Dies bedeute zum einen, dass für bereits länger Geduldete überhaupt keine Pauschale mehr gezahlt wird, für die übrigen nur zeitlich befristet.

In Meerbusch lebten derzeit 102 Personen die im Besitz einer Duldung nach § 60 a AsylG sind. Die durchschnittliche Ankunft erfolgte vor 4,2 Jahren! Allein die laufenden Leistungen nach dem AsylbG, die Krankenkosten und die Mietkosten für die Privatwohnungen beliefen sich in 2016 auf rd. 600.000 €, hinzu kommen Kosten der Unterkunft, der sozialpädagogischen Betreuung, Aufwand für 24-Stunden-Betreuung der Unterkünfte und der Personalaufwand für städtischen Mitarbeiter pp.. Insgesamt schätze sie den Aufwand auf rd. 1 Mio. €.

Die Anzahl der Abgänge stelle sich wie folgt dar:

Freiwillige Rückkehrer	2015: 15	2016: 43
Abschiebung	2015: 0	2016: 1
Rücküberstellungen	2015: 1	2016: 4

Diese Zahlen legen im Kontext mit der geänderten Finanzierung einen dringenden Handlungsbedarf dar. Parallel zu einer deutlichen Erhöhung der Abschiebungen durch das Ausländeramt des Rhein-

Kreises Neuss müsse beim Land interveniert werden, Abschiebungshemmnisse zu beseitigen und bis zu einer entsprechenden Umsetzung die pauschale Kostenerstattung aufrechtzuerhalten.

Vermietung von drei Hallenschiffen im Krefelder Hafen

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, der Krefelder OB Meyer habe sie informiert, dass drei der 8 Hallenschiffe von der VGG Handels AG im Rheinhafen Krefeld an das Unternehmen AMAZON vermietet worden seien, welches in den Hallen ein Sortierzentrum für Paketsendungen einrichten möchte. Im Telefonat verblieb man so, dass die Stadt zur Ansiedlung nähere Informationen direkt von der Hafengesellschaft erhält.

Die Geschäftsführung der Hafen GmbH habe heute informiert, dass dort Kundenbestellungen der umliegenden Paketzentren für den Transport an die sogenannte „letzte Meile“ zusammengefasst und weiter versendet werden.

In einem Dreischichtsystem würden rd. 360 Mitarbeiter beschäftigt. Neben Anlernkräften im Bereich Lager werden auch Stellen höherer Qualifikation aus den Bereichen IT, Projektmanagement, Training, Sicherheit und Logistik zu besetzen sein. Der Standort Krefeld hat für AMAZON strategische Bedeutung. Der Mietvertrag sei langfristig geschlossen.

Die Verkehrsplanungen von AMAZON beziffern sich wie folgt:

LKW 06:00 - 22:00 Uhr bis 240 LKW

LKW 22:00 - 06:00 Uhr bis 120 LKW und max. 15 LKW pro Stunde

PKW 06:00 - 22:00 Uhr bis 400 PKW

PKW 22:00 – 06:00 Uhr bis 150 PKW und max. 120 PKW pro Stunde bei Schichtwechsel

Für den Rheinhafen Krefeld besteht die Möglichkeit, über seine Umschlageinrichtungen die Verkehrsträger Binnenwasserstraße und Eisenbahn stärker in die Logistikketten des Unternehmens AMAZON einzubinden.

In Gesprächen hätten die Vertreter der Stadt Krefeld die Fa. Amazon aufgefordert, auf die Fahrer einzuwirken, dass diese nicht die Ortsdurchfahrt Lank benutzen. Dies sei zugesagt worden.

Vorfall in der Realschule am 21.11.2016

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, dass der Schulleiter der Städtischen Realschule Osterath ihr mitgeteilt habe, dass der Vorfall aufgeklärt sei. Ursache sei ein unachtsames Hantieren mit einer Dose in der Jackentasche eines Schülers und nicht ein technischer Defekt im Schulgebäude gewesen.

Ergebnis der Verkehrszählungen Kanzlei und Xantener Straße

Techn. Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass die Verwaltung an der Xantener Straße im Stadtteil Strümp und auf der Straße „Kanzlei“ im Stadtteil Buderich für befristete Zeiträume s.g. Dropboxen installiert habe. Diese Dropboxen messen zum einen die Verkehrsbewegungen, zum anderen die Geschwindigkeit der Fahrzeuge.

Auf der Xantener Straße (in Höhe der Querungshilfe in Richtung Stadtteil Mitte) sind folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

03.11 – 30.11.2016	Ø 9.700 Fahrzeuge / Tag
07.11.2016	11.000 Fahrzeuge (Höchstwert im Messzeitraum)
an Wochenenden	Ø 6. – 7.000 / Fahrzeuge
Geschwindigkeiten	
03.11. – 11.11.2016	V85: 46 / 52 km/h
	Ø 40 – 46 km/h
15.11. – 30.11.2016	V85 55 km/h
	Ø 50 – 51 km/h

Erlaubte Geschwindigkeit: 50 km/h
 Spitzenwert 123 km/h

Ratsherr Quaß bemängelt, dass bei der Messung auf der Gegenfahrbahn ein s.g. „Smiley“ installiert würde, da dieser Smiley natürlich auffalle und die Geschwindigkeit beeinflussen würde. Eine Messung ohne „Smiley“ würde andere Ergebnisse zeigen.

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist daraufhin, dass der „Smiley“ auf der Gegenfahrbahn installiert worden sei. Es seien aber weitere Messungen auf der Xantener Straße (Höhe Apfelparadies) geplant. Dort werde der „Smiley“ dann nicht zum Einsatz kommen.

Die Messungen auf der Kanzlei ergaben folgendes Bild (sie erfolgten ohne Smiley):

23.11. – 07.12.2016	V85	38 – 39 km/h
	Ø	30 – 32 km/h
Fahrzeuge:	minimal:	470
	maximal:	1.855

Im Eingangsbereich des Montessori-Kinderhauses sei geplant, ein Kindersymbol auf der Straße aufzubringen und die vorhandenen Warnschilder mit dem Zusatz „Kindergarten“ zu versehen. Die Maßnahmen sind mit den Elternvertretern abgestimmt.

17 Termin der nächsten Sitzung: 16. Februar 2017

Die nächste Sitzung des Rates findet am 16. Februar 2017 statt.

18 Verschiedenes

18.1 Konverterstandort

Ratsfrau Niegeloh berichtet von einem Auftaktgespräch der Bundesnetzagentur in Neuss. Hiernach sollen nach wie vor drei Standorte für den Konverter im Gespräch sein. Bürgermeisterin Mielke-Westerlage hat keine Kenntnis von einem derartigen Gespräch. Amprion habe vor etwa drei Wochen noch mitgeteilt, dass sie an der Dreiecksfläche festhalten wollen. Amprion habe beim Regionalrat eine Zieländerung bezüglich der Auskiesungsfläche im Dreieck beantragt.

Meerbusch, den 22. Dezember 2016

Angelika Mielke-Westerlage
 Bürgermeisterin

Jürgen Wirtz
 Schriftführer/in